

POLITISCHE ABTEILUNG I  
p.B.73.A1b.O.-NB/WIA

Bern, 3. April 1991

Original direkt weitergeleitet

~~OK 3. April 91 17~~

### Notiz an Staatssekretär Jacobi

#### Die Wahlen in Albanien - Erste Analyse

Die ersten Wahlen in der Volksrepublik Albanien seit 1923 scheinen, was den eigentlichen Urnengang anbetrifft, nach übereinstimmenden Angaben der internationalen - und schweizerischen - Beobachter im grossen und ganzen fair verlaufen zu sein. Die sehr hohe Wahlbeteiligung erbrachte ein repräsentatives Resultat mit einem klaren Gesamtsieg der kommunistischen Partei der Arbeit und einem Achtungserfolg der wichtigsten oppositionellen Gruppierung, der Demokratischen Partei.

Dieser Achtungserfolg ist umso höher zu gewichten, als die beiden Kontrahenten mit ungleich langen Spiessen kämpften indem die Demokraten praktisch ohne Medienunterstützung und gegen den alles beherrschenden Regierungsapparat antreten mussten.

Die Kommunisten jedoch werden gut daran tun, diesen Sieg nicht zu überschätzen:

- 1.) Die PdA hat ihren Sieg vornehmlich auf dem Land errungen, in einem Gebiet also, wo die alten Machtstrukturen noch intakt sind und die neuen Parteien in der kurzen Zeit seit ihrer Legalisierung im Dezember kaum Gelegenheit hatten, aktiv zu werden, zumal ihnen der Medienzugang (Radio, TV) praktisch verwehrt blieb. Kommt hinzu, dass die Regierung der Landbevölkerung eine Reihe von Versprechen machte (Versorgungsverbesserung), die nun im traditionellen Klientelsinne einzuhalten sind.

- 2 -

- 2.) Die grösseren Städte, vor allem im Zentrum und im katholischen Norden, fielen an die Opposition. Es bleibt die Frage offen nach den weiteren politischen Rollen von Präsident Alia, Ministerpräsident Nano und Aussenminister Kapllani, die nach ersten Informationen nicht gewählt worden sind oder sich wie im Falle Nanos einer Stichwahl stellen müssen.
- 3.) Beispiele ganz ähnlich verlaufener Wahlen, wo zuerst auch die Kommunisten oder ihre Nachfolgeparteien siegten, bis sie trotz auf einigermaßen faire Weise gewonnenen Wahlen unter zunehmendem Druck zur Aufgabe der Macht gerieten, sind aus Nachbarländern bekannt: vor allem in Bulgarien, ähnlich aber auch in Rumänien und in jüngster Zeit in Serbien.

Wie die **Entwicklung in Albanien** weitergeht, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Alia ist ein Realpolitiker. Er wird sich hüten, nun nach dem Sieg eine Neostalinisierung einzuläuten. Albanien ist auf inneren Frieden und ausländische Unterstützung angewiesen. Beides ist nur bei einem beschleunigten Reformkurs möglich. Allerdings werden Alia und sein Reformflügel anlässlich des kommenden Parteitages im Mai unter zunehmenden Druck der Orthodoxen geraten, welche, gestützt auf den ländlichen Parteiapparat, an den Wahlen erfolgreicher abschnitten als der Reformflügel.

Die Opposition ihrerseits sieht sich ebenfalls in einer schwierigen Lage: Zu stark, um von der Regierung negiert zu werden, (noch) zu schwach, um selbst die Regierung stellen zu können. Die Regierung hat mit ihrem Koalitionsangebot die Sache für die Opposition noch kompliziert. Soll man in eine Regierung eintreten, um dort eventuell ein wenig Einfluss zu erhalten, soll man draussen bleiben, völlig ohne Regierungseinfluss bleiben, um bei breiten Bevölkerungskreisen (auch auf dem Land) als Alternative und Rettungsanker zu erscheinen und - bei weiterer Verschlechterung der Versorgung - auf einen Regierungswechsel im bulgarischen Stil zu hoffen? Die Äusserungen demokratischer Parteiprominenz lassen auf letzteres deuten - für den Moment.

- 3 -

Welche Konsequenzen ergeben sich für die schweizerische Politik gegenüber Albanien? Die im Lauf des letzten Jahres eingeleitete Vertiefung der Beziehungen sollten in gleicher Richtung weitergehen: D.h. einerseits Aufrechterhaltung der Besuchskontakte, Einschluss Albaniens in schweizerische Projekte der politischen Kultur und Förderung schweizerischer Wirtschaftsengagements in Albanien.

Dies muss andererseits begleitet sein durch eine genaue Beobachtung der Rechtssituation (Menschenrechte, bürgerliche Freiheiten, Medienlandschaft, Rechtswesen, Wirtschaftsreformen) und - wenn nötig - humanitären Hilfsaktionen. Dies soll uns auch ermöglichen, eine klare schweizerische Position zum erklärten albanischen Willen einer vollen KSZE-Teilnahme zu definieren. Im weiteren müssen wir uns im Falle gravierender Vorfälle in Albanien weiterhin bilaterale Interventionen vorbehalten.

Auch müssen unseres Erachtens die bestehenden Ideen zur Einrichtung einer ständigen schweizerischen Vertretung in Albanien in nächster Zeit konkretisiert und vorangetrieben werden, ist Albanien doch mit Ausnahme Islands und Maltas das einzige nicht zu den Mikrostaaten zählende Land Europas, wo die Schweiz nicht direkt vertreten ist.

Der nächste konkrete Schritt wird die für diesen Monat geplante SKH/PA I Abklärungsmission in Albanien sein.

POLITISCHE ABTEILUNG I  
i.V.

  
Daniel Woker

Kopie:  Sekr. BRF  
- BAWI, Südosteuropadienst  
- Verwaltungsdirektion  
- Politisches Sekretariat  
- PA III  
- SKH, Herrn Raedersdorf  
- SIN, WOK, ORC, NB  
- Botschaften Belgrad und Wien